

Sehr geehrte Damen und Herren der Münchner Stadtratsfraktionen der CSU und SPD,

voller Wut und Entsetzen habe ich den Antrag der CSU/SPD Stadtratsfraktionen hinsichtlich der BDS-Kampagne und der Jüdisch Palästinensischen Dialoggruppe München zur Kenntnis genommen.

Mit Ihrem Antrag diffamieren Sie eine über 30 Jahre alte Dialoggruppe, die, wie der Name schon sagt, Dialog zwischen Juden und Palästinensern führt und fördert. Als ich Mitte der Achtziger Jahre mit einem jüdischen Ehepaar aus Belgien die Dialoggruppe gegründet habe, war sie die erste ihrer Art in Deutschland. Es haben sich Juden und Palästinenser zum ersten Mal getroffen, diskutiert, sich gegenseitig zugehört, gestritten und letztendlich Verständnis für einander gewonnen, es sind sogar Freundschaften daraus entstanden. Wir haben viel übereinander und voneinander gelernt und uns trotz allen Differenzen gegenseitig respektiert.

Bevor Sie Ihren Antrag, der der Jüdisch-Palästinensischen Dialoggruppe eine antisemitische Haltung unterstellt, formuliert haben, hätten Sie mit dieser Dialoggruppe reden müssen, was Sie ja leider nicht haben. Die Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe hat mehrmals das Gespräch mit Oberbürgermeister Dieter Reiter gesucht, das er leider immer wieder abgelehnt hat. Obwohl München eigentlich stolz auf eine Gruppe, die einen derartigen Dialog fördert, sein müsste.

Ich verstehe, dass München als ehemalige „Hauptstadt der Bewegung“ sehr sensibel sein muss, was Antisemitismus betrifft. Antisemitische Gruppen haben in München keinen Platz. Gruppen, die für den Frieden arbeiten zu diffamieren und ihnen jegliche Unterstützung zu versagen, ist nicht der richtige Weg. Gerade in München darf nie wieder die Meinungsfreiheit derart beschnitten werden, so dass nur eine Sichtweise eines Sachverhaltes zugelassen werde, ohne die andere Sichtweise zu berücksichtigen. Warum suchen Sie nicht das Gespräch mit uns?

Mit dem Vorwurf des Antisemitismus missbrauchen Sie die Geschichte und verharmlosen zugleich den eigentlichen Antisemitismus. Mit diesem Antrag versuchen Sie den grausamen Mord an Millionen europäischen Juden zu kompensieren, indem Sie der Besatzungsmacht Israel ohne Wenn und Aber zur Seite stehen. Dass die Palästinenser für die Verbrechen Nazideutschlands an den Juden die Rechnung mit ihrer Heimat bezahlen mussten, findet in Ihrem Antrag keine Erwähnung.

Hier findet eine billige Verarbeitung deutscher Geschichte auf Kosten der Palästinensischen Bevölkerung statt. Sie verdrängen die Tatsache, dass mit der Gründung dieses Staates die Vertreibung der Palästinenser aus Ihren Häusern und die Zerstörung unzähliger palästinensischer Dörfer einherging und damit zigtausende Palästinenser zu Flüchtlingen wurden, denen bis heute das Ihnen lt. UNO Resolution zustehende Rückkehrrecht verweigert wird.

Sie blenden in Ihrem Antrag aus, dass Israel seit 50 Jahren eine Besatzungsmacht ist, und dass dieser Staat erst durch die ethnische Säuberung der palästinensischen

Bevölkerung entstehen konnte. Ich empfehle Ihnen „Die ethnische Säuberung Palästinas“ des israelischen Historiker Ilan Pappé als Lektüre.

Zu BDS-Kampagne

Die BDS-Kampagne ist eine Form des gewaltlosen Widerstands gegen 50 Jahre israelische Besatzung. Der Staat Israel ist durch einen UNO-Beschluss entstanden. Aber kein Staat der Welt ignorierte und ignoriert weiterhin die UNO-Beschlüsse wie der Staat Israel. Da die Völkergemeinschaft nicht Willens und nicht in der Lage ist, die UNO-Beschlüsse hinsichtlich des Israel/Palästina Konflikts durchzusetzen, blieb Aktivisten der palästinensischen Zivilgesellschaft nur eins übrig: Gewaltloser Widerstand gegen die Besatzung durch Boykott. Die BDS-Kampagne ruft nicht zum Boykott von Juden auf, sondern zum Boykott eines Staates, der das Völkerrecht missachtet.

Viele Staaten weltweit wurden und werden boykottiert: Kuba, Irak, Iran, Russland, Libyen, Syrien. Warum sollte der Staat Israel nicht boykottiert werden können? Völkerrecht ist Völkerrecht für alle.

Die drohenden Sanktionen gegen Münchner Gruppen, die die BDS-Kampagne unterstützen oder mit ihr sympathisieren sind undemokratisch und stellen einen Verstoß gegen die Meinungsfreiheit dar. Meinungsfreiheit darf nicht Halt machen vor städtischen Räumen und Institutionen. Es gab Zeiten, da wurden in dieser Stadt Menschen und Volksgruppen diffamiert und verfolgt. Mit Ihrem Antrag tun Sie Ähnliches und machen München erneut zur Hauptstadt einer Bewegung.

Ich bitte Sie inständig, diesen unsäglichen Antrag zurück zu ziehen.

Mit freundlichen Grüßen

Fuad Hamdan